

# Wirtschaft im Wandel

4/2024

20. Dezember 2024, 30. Jahrgang



Reint Gropp **s. 77**

## Ist der Solidaritätszuschlag verfassungswidrig?

Aleksandr Kazakov, Michael Koetter **s. 79**

Aktuelle Trends: Die Bedeutung von Banken zur Verteilung von Subventionen

Michel Koetter **s. 89**

Interview: Promovieren in Wirtschaftswissenschaften am IWH

Annika Backes, Steffen Müller **s. 80**

Chinesische Massenimporte und Wahlverhalten in Europa: Kann der Aufstieg der politischen Ränder durch Importschocks erklärt werden?

IWH-News **s. 91**

Meldungen, Veranstaltungen, Publikationen, Pressemitteilungen, Personalien

Ufuk Akcigit, Harun Alp, André Diegmann, Nicolas Serrano-Velarde **s. 85**

Wie Arbeitsplatzzusagen die Unternehmensdynamiken beeinflussen

## Inhaltsverzeichnis

- 77**    **Kommentar: Ist der Solidaritätszuschlag verfassungswidrig?**  
Reint Gropp
  
- 79**    **Aktuelle Trends: Die Bedeutung von Banken zur Verteilung von Subventionen**  
Aleksandr Kazakov, Michael Koetter
  
- 80**    **Chinesische Massenimporte und Wahlverhalten in Europa: Kann der Aufstieg der politischen Ränder durch Importschocks erklärt werden?**  
Annika Backes, Steffen Müller
  
- 85**    **Wie Arbeitsplatzzusagen die Unternehmensdynamiken beeinflussen**  
Ufuk Akcigit, Harun Alp, André Diegmann, Nicolas Serrano-Velarde
  
- 89**    **Interview: Promovieren in Wirtschaftswissenschaften am IWH**  
Michel Koetter
  
- 91**    **Meldungen**
  
- 92**    **Veranstaltungen**
  
- 95**    **Publikationen**
  
- 96**    **Diskussionspapiere**
  
- 97**    **Pressemitteilungen**
  
- 98**    **Das IWH in den Medien**
  
- 100**    **Personalien**

## Ist der Solidaritätszuschlag verfassungswidrig?

Reint Gropp, Präsident des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung Halle



Am 12. November 2024 hörte das Bundesverfassungsgericht Argumente zu einer Klage einiger FDP-Abgeordneter gegen den Solidaritätszuschlag. Das Argument der Kläger ist, dass keine andauernde Sonderbelastung des Bundes durch Folgekosten der Wiedervereinigung besteht. Der Bund erhebt seit dem Jahr 1995 ununterbrochen einen Solidaritätszuschlag als Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer und zur Körperschaftsteuer. Mit dem Gesetz zur Rückführung des Solidaritätszuschlags vom Dezember 2019 wurde für das Jahr 2020 der Zuschlag unverändert weitererhoben, und ab dem Jahr 2021 wurden die Freigrenzen drastisch angehoben: auf gegenwärtig 18 130 Euro Einkommensteuerbelastung pro Jahr bei Alleinstehenden bzw. auf 36 260 Euro pro Jahr bei Verheirateten, wodurch rund 90% der Zahler der veranlagten Einkommensteuer und der Lohnsteuer nicht mehr mit dem Solidaritätszuschlag belastet werden sollten. Die Steuer wird seitdem nur noch von höheren Einkommensbeziehern und Unternehmen entrichtet.

Das Gericht hat dabei eine Reihe von miteinander verbundenen Entscheidungen zu treffen. Erstens: Braucht ein Zuschlag auf die Einkommen- oder Körperschaftsteuer einen konkreten Finanzierungsbedarf oder kann der Staat diese Art von Zuschlägen auch dann noch erheben, wenn kein konkreter Bedarf identifiziert werden kann? Zweitens: Wenn die Notwendigkeit eines Bedarfs besteht, gibt es auch heute und in den nächsten Jahren noch Kosten, die direkt auf die deutsche Einheit zurückzuführen sind.

Ich wurde als Experte zusammen mit einem Vertreter des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung Berlin (DIW) zur zweiten Frage gehört. Das DIW hat zu der Frage der andauernden Sonderbelastungen des Staates einen Bericht verfasst, in dem es die überproportionalen Ausgaben des Bundes bis 2030 schätzt, die noch auf die Wiedervereinigung zurückzuführen

sind. Dabei kommt das DIW bis 2030 auf relativ konstant 13 Milliarden Euro pro Jahr, was mehr oder minder den zu erwartenden Einnahmen im gleichen Zeitraum aus dem Solidaritätszuschlag entspricht. Das Fazit des DIW: Der Solidaritätszuschlag ist weiterhin aufgrund der anhaltenden zusätzlichen Kosten für die Wiedervereinigung gerechtfertigt.

Wenn man sich die wichtigsten Posten in der Berechnung des DIW im Detail anschaut, kann man allerdings auch zu einem ganz anderen Schluss kommen. Die vom DIW identifizierten Belastungen setzten sich aus drei Hauptkomponenten zusammen: Belastungen, die sich aus den geringeren Beitragszahlun-

**Gerade auch aus ostdeutscher Sicht wäre es ein wichtiges Signal, den Solidaritätszuschlag abzuschaffen, auch um den Mythos von Ostdeutschland als Opfer, dem Westdeutschland Almosen geben muss, endlich zu Grabe zu tragen.**

gen in Ostdeutschland in die Rentenversicherung ergeben (rund acht Milliarden Euro), Belastungen, die sich aus zusätzlichem Investitionsbedarf in Ostdeutschland ergeben (rund zwei Milliarden Euro) und Belastungen, die sich aus der relativ schwächeren Finanzkraft der ostdeutschen Kommunen ergeben (rund drei Milliarden Euro). Natürlich sind die geringeren Einzahlungen in die Rentenversicherung und die geringere Finanzkraft der Kommunen eine Konsequenz der durchschnittlich schwächeren Wirtschaftsleistung. Allerdings reicht eine schwache Wirtschaftsleistung in Teilen Ostdeutschlands nicht aus, um einen Bedarf des Staates, der sich aus der Wiedervereinigung ergibt, zu rechtfertigen. Dafür braucht es einen kausalen Zusammenhang. Die niedrigen Einzahlungen in die Sozialversicherung sowie

die geringere Finanzkraft der Kommunen sind in der Tat eine direkte Konsequenz der Wiedervereinigung, da ursächlich für beide Punkte überwiegend die Abwanderung von über zwei Millionen Menschen nach Westdeutschland im Zuge der Wiedervereinigung ist. Diejenigen, die abgewandert sind, waren überwiegend im arbeitsfähigen Alter und disproportional viele junge Frauen. Somit wirkt dieser Effekt über die schlechtere Demographie nach. Das bedeutet aber eben auch, dass dem niedrigeren Steueraufkommen im Osten und den niedrigeren Einzahlungen in die Rentenversicherung im Osten proportionale (oder vielleicht sogar überproportionale) Mehreinnahmen im Westen gegenüberstehen müssen. Dem Nachteil des Ostens steht in diesem Fall also der Vorteil des Westens gegenüber. Daher kann mit diesen Argumenten eine Umverteilung von West nach Ost, aber kein zusätzlicher Finanzbedarf des Bundes begründet werden.

Insgesamt kann man den Solidaritätszuschlag nur noch sehr schwer mit Mehrausgaben des Bundes begründen, und er sollte aus dieser Sicht tatsäch-

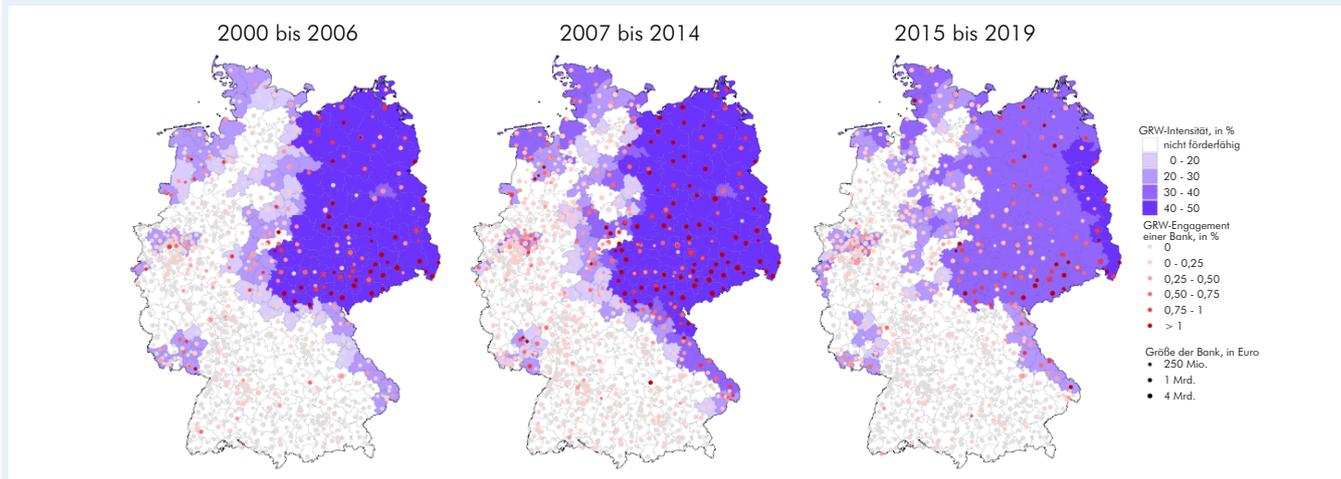
lich verfassungswidrig sein. Ich hatte den Eindruck, dass das auch das Verfassungsgericht so sah. Allerdings gibt es da noch die wichtige juristische Frage zu untersuchen, ob ein Mehrbedarf für Zusatzsteuern rechtlich überhaupt notwendig ist. Zu diesem Punkt schienen die Meinungen im Bundesverfassungsgericht geteilt; man wird also abwarten müssen, wie am Ende entschieden wird. Klar ist aber schon jetzt, dass es transparenter wäre, den Solidaritätszuschlag abzuschaffen und stattdessen die Einkommensteuer und die Körperschaftsteuer entsprechend anzupassen, wenn man denn die Einnahmen braucht. Gerade auch aus ostdeutscher Sicht wäre es ein wichtiges Signal, den Solidaritätszuschlag abzuschaffen, auch um den Mythos von Ostdeutschland als Opfer, dem Westdeutschland Almosen geben muss, endlich zu Grabe zu tragen. Inzwischen ist es ja auch so, dass die am schnellsten wachsenden Regionen (wie der Raum Leipzig oder Berlins Umland in Brandenburg) in Ostdeutschland liegen. 

DOI: <https://doi.org/10.18717/wwmj6m-bj39>

# Aktuelle Trends: Die Bedeutung von Banken zur Verteilung von Subventionen

Aleksandr Kazakov, Michael Koetter

## Umsetzung des GRW-Programms und Engagement der Banken bei geförderten Kreditnehmern in den Regionen



Quellen: European Bank for Reconstruction and Development: Transition Report 2024-25, Navigating industrial policy, 88.

Seit 1990 wurden im Rahmen der „Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) rund 68 Milliarden Euro an Unternehmen in strukturschwachen Regionen in Ost- und Westdeutschland vergeben.<sup>1</sup> Die Banken spielen bei der Vergabe von GRW-Zuschüssen eine wesentliche Rolle, da die Investitionspläne von einer Bank, häufig der Hausbank, geprüft werden müssen. Die Karten veranschaulichen erhebliche räumliche Unterschiede in der GRW-Förderung der Unternehmen in den 401 deutschen Landkreisen in den drei Förderperioden zwischen 2000 und 2019. Die GRW-Intensität auf Kreisebene wird durch die violetten Farbtöne dargestellt, und die georeferenzierten Banken werden als Kreise dargestellt. Die GRW-Intensität ist der maximale Anteil einer Investition, der durch den Zuschuss abgedeckt werden kann, und liegt zwischen 0% in nicht förderfähigen Gebieten und 50% in den Gebieten mit der höchsten Förderquote. Die Farbe der Kreise, die die Banken darstellen, zeigt den durchschnittlichen Anteil der subventionierten Unternehmen einer Bank in ei-

nem bestimmten Jahr im Verhältnis zu allen Unternehmen, zu denen die Bank eine Beziehung unterhält. Die Engagements der Banken gegenüber subventionierten Unternehmen sind üblicherweise klein und betragen im Durchschnitt lediglich zwischen null und 4,6%. Die Karten illustrieren jedoch, dass insbesondere in den strukturschwachen Regionen im Osten regionale Banken relativ viele Unternehmen mit GRW Förderungen in ihren Kreditportfolios haben. Insgesamt beträgt der durchschnittliche Anteil der Banken, die mit subventionierten Unternehmen verbunden sind, 42%. Vor allem in den Jahren nach der Finanzkrise 2008/2009 waren Banken in der Verteilung von GRW-Subventionen von großer Bedeutung. 

DOI: <https://doi.org/10.18717/ww8bcq-as06>

Aleksandr Kazakov

Abteilung Finanzmärkte

[Aleksandr.Kazakov@iwh-halle.de](mailto:Aleksandr.Kazakov@iwh-halle.de)

Professor Michael Koetter, Ph.D.

Stellvertretender Präsident des IWH und Leiter der Abteilung Finanzmärkte

[Michael.Koetter@iwh-halle.de](mailto:Michael.Koetter@iwh-halle.de)

<sup>1</sup> Dieser Artikel basiert auf den beiden Papieren *Kazakov, A.; Koetter M.: Place-based Industrial Policies and Credit Markets: Evidence from the Former East and West Germany*. EBRD Transition Report, 88-89, London 2024, und *Kazakov, A.; Koetter, M.; Titze, M.; Tonzer, L.: The Effect of Firm Subsidies on Credit Markets*. IWH Discussion Paper 24/2022.

# Chinesische Massenimporte und Wahlverhalten in Europa: Kann der Aufstieg der politischen Ränder durch Importschocks erklärt werden?

Annika Backes, Steffen Müller

Wir untersuchen die kurz- und langfristigen Auswirkungen eines starken Anstiegs chinesischer Importe auf Wahlergebnisse in Europa. Populistische sowie links- und rechtsextreme Parteien gewannen erst viele Jahre nach dem Höhepunkt des China-Schocks bedeutenden Zuwachs an Wählerstimmen. Wir zeigen, dass die Auswirkungen von Importschocks überwiegend zugunsten populistischer Parteien ausfallen. In geringerem Maße profitieren in der kurzen Frist zudem linksextreme Parteien, langfristig hingegen rechtsextreme Parteien. Die Effekte auf das Wahlverhalten sind jedoch moderat und wir schlussfolgern, dass Importschocks den Aufstieg der politischen Ränder nur in begrenztem Maße erklären können.

DOI: <https://doi.org/10.18717/ww7vx5-9k71>

JEL-Klassifikation: D72, F6, J2

Schlagwörter: Globalisierung, Importschocks, Populismus, Wahlverhalten

## Globalisierung und Wahlverhalten

Die Exporte aus China stiegen seit den frühen 1990er Jahren erheblich an und explodierten um den Zeitpunkt des WTO-Beitritts des Landes im Jahr 2001. Westliche Volkswirtschaften sahen sich plötzlich einem stark steigenden Importwettbewerb ausgesetzt, der später als „China-Schock“ bezeichnet wurde. Er konzentrierte sich auf bestimmte verarbeitende Industrien, die oft regional konzentriert waren. In den letzten Jahrzehnten gab es zudem in Europa einen anhaltenden Anstieg der Unterstützung für Parteien an den Rändern des politischen Spektrums, begleitet von einem Rückgang der Zustimmung für traditionelle Parteien wie Sozialdemokraten und Konservative. Die jüngsten Wahlergebnisse bei den Europawahlen sowie Wahlen in Schweden, Italien, Finnland, Spanien, Deutschland und Österreich belegen, dass der Aufstieg populistischer Parteien in Europa weiterhin anhält und die Suche nach Erklärungsansätzen nach wie vor von großer Relevanz ist.<sup>1</sup>

1 Die Studie entstand im Rahmen eines internationalen und interdisziplinären Forschungsprojektes (siehe <https://www.iwh-halle.de/forschung/projekte/europas-populistische-parteien-im-aufwind/>), welches von der Volkswagen Stiftung finanziert und gemeinsam mit Politik- und Wirtschaftswissenschaftlern der University of Nottingham, der Akademie věd České republiky/CERGE-EI in Prag und der University of Glasgow durchgeführt wurde. Der vorliegende Beitrag basiert auf: Backes, A., Müller, S.: Import Shocks and Voting Behavior in Europe Revisited, in: *European Journal of Political Economy*, Vol. 83, June 2024, 102528.

Ökonomen gehen allgemein davon aus, dass gesteigerter Handel neben Gewinnern auch Verlierer produziert. (Autor et al., 2014;<sup>2</sup> Dauth et al., 2014;<sup>3</sup> Yi et al., 2024<sup>4</sup>). Während die Gewinner weiterhin Parteien der Mitte wählen, begünstigen diese nachteiligen Effekte auf Arbeitnehmer, so die Vermutung, die politischen Ränder und den Populismus (Autor et al., 2020;<sup>5</sup> Colantone und Stanig, 2018;<sup>6</sup> Dippel et al., 2022<sup>7</sup>).

## Theoretischer Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Globalisierung und Populismus

Der Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Globalisierung und Populismus wird typischerweise im Rahmen der Theorie des *embedded liberalism*

- 2 Autor, D.; Dorn, D.; Hanson, G.; Song, J.: Trade Adjustment: Worker-level Evidence, in: *The Quarterly Journal of Economics*, Vol. 129 (4), 2014, 1799–18600.
- 3 Dauth, W.; Findeisen, S.; Suedekum, J.: The Rise of the East and the Far East: German Labor Markets and Trade Integration, in: *Journal of the European Economic Association*, Vol. 12 (6), 2024, 1643–1675.
- 4 Yi, M.; Mueller, S.; Stegmaier, J.: Industry Mix, Local Labor Markets, and the Incidence of Trade Shocks, in: *Journal of Labor Economics*, Vol. 43 (3), 2024, 837–875.
- 5 Autor, D.; Dorn, D.; Hanson, G.; Majlesi, K.: Importing Political Polarization? The Electoral Consequences of Rising Trade Exposure, in: *American Economic Review*, Vol. 110 (10), 2020, 3139–3183.
- 6 Colantone, I.; Stanig, O.: The Trade Origins of Economic Nationalism: Import Competition and Voting Behavior in Western Europe, in: *American Journal of Political Science*, Vol. 62 (4), 2018, 936–953.
- 7 Dippel, C.; Gold, R.; Heblich, S.; Pinto, R.: The Effect of Trade on Workers and Voters, in: *The Economic Journal*, Vol. 132 (641), 2022, 199–217.

(eingebetteter Liberalismus) diskutiert. Die Grundidee ist, dass die wirtschaftliche Globalisierung den Wohlstand steigert, aber auch wirtschaftliche Unsicherheit verursacht und Gewinner sowie Verlierer hervorbringt. Ein gängiger wirtschaftspolitischer Kompromiss nach dem Zweiten Weltkrieg bestand darin, die Vorteile offenen Handels mit einer Reihe erweiterter sozialpolitischer Maßnahmen zu kombinieren, die darauf abzielen, negative ökonomische Schocks und Einkommensunsicherheiten abzufedern. Individuelle Krisen können zwar bis zu einem gewissen Grad durch den Wohlfahrtsstaat gemildert werden, doch die Kapazitäten des Wohlfahrtsstaates sind begrenzt. Daher können erhebliche und anhaltende Zunahmen der wirtschaftlichen Globalisierung die Grundlagen des *embedded liberalism* untergraben und Zweifel daran aufkommen lassen, ob das Konzept der Umverteilung aufrechterhalten werden kann. Das Problem wird dadurch verschärft, dass Kapital mobil ist, was die Möglichkeiten der Regierungen einschränkt, soziale Sicherungen durch Kapitalbesteuerung zu finanzieren. Vor dem Hintergrund des China-Schocks, der stark ansteigenden Ungleichheit und dem Niedergang traditioneller Industrieregionen, so das Argument, gewannen politische Akteure an Boden, die protektionistische Maßnahmen versprachen, um Beschäftigte vor der Globalisierung zu schützen. Bisherige Studien argumentieren anhand der vorangegangenen Annahmen, dass die ungleichen Auswirkungen des Handels auf Arbeitnehmer den *economic nationalism* (wirtschaftlicher Nationalismus) stärken würden (ein Begriff, der auch von *Ruggie* 1982<sup>8</sup> verwendet wurde, um das internationale Regime der 1930er Jahre zu beschreiben), anstatt die traditionellen, auf Umverteilung fokussierten, linken Parteien zu unterstützen (*Colantone* und *Stanig*, 2018). Das Argument basiert auf der Vorstellung, dass Wähler das Vertrauen in die Wirksamkeit sozialstaatlicher Politiken zur Abmilderung der durch den Handel verursachten negativen wirtschaftlichen Folgen verlören und stattdessen Zuflucht bei Akteuren suchten, die Schutz vor Importkonkurrenz versprechen. Es ist jedoch nicht unmittelbar ersichtlich, ob die ungleichen Lasten des globalen Wettbewerbs das Wahlverhalten direkt beeinflussen. Die zugrundeliegende Annahme ist, dass diejenigen, die unter dem globalen Wettbewerb leiden, ihn ablehnen, während diejenigen, die

profitieren, ihn unterstützen würden. Es gibt jedoch starke Hinweise, dass Veränderungen der persönlichen wirtschaftlichen Umstände nur geringe Änderungen in den Einstellungen der Wählerschaft hervorrufen (*Margalit*, 2019<sup>9</sup>).

Bisherige Studien, die die Auswirkungen von Importshocks auf Wahlverhalten untersuchen, konzentrieren sich auf kurzfristige Effekte. Wir stellen darüber hinaus die Frage, ob mögliche Auswirkungen auf das Wahlverhalten mit Verzögerung eintreten. Die theoretischen Konzepte des *embedded liberalism* und *economic nationalism* können in gleicher Weise herangezogen werden, um auch die langfristigen Auswirkungen des China-Schocks auf das Wahlverhalten zu erklären. Der China-Schock stellt im Wesentlichen eine etwa ein Jahrzehnt andauernde Phase sehr schnell steigender Importe aus China dar, die sich im Laufe der Zeit akkumulieren und für importkonkurrierende europäische Regionen zu einer dauerhaften Belastung geworden sind. In den ersten Jahren, wenn also die durch Importshocks verursachte Belastung noch nicht vollständig spürbar ist und es noch unklar ist, ob der Schock vorübergehend oder dauerhaft ist, könnten sich die Wähler linken Parteien zuwenden und nach sozialer Absicherung suchen. Diese Sichtweise unterstützt *Margalit* (2019), der in seinem Literaturüberblick feststellt, dass die Nachfrage nach umverteilenden Maßnahmen nach wirtschaftlichen Schocks tatsächlich zunimmt, dieser Effekt jedoch oft nur kurzfristig anhält. Erst langfristig, wenn deutlich wird, dass die Auswirkungen und das gestiegene Volumen chinesischer Importe von Dauer sind, treten die oben diskutierten theoretischen Argumente für die Auswirkungen des Handels auf das Wahlverhalten in Kraft. Das heißt, Wähler könnten das Vertrauen in die Umverteilung verlieren und sich Vertretern des *economic nationalism* zuwenden, um sich vor den Folgen der Globalisierung zu schützen, jedoch erst dann, wenn die dauerhafte Natur der Veränderung erkannt wird. Zwar können sich betroffene Regionen bis zu einem gewissen Maße an die geänderten ökonomischen Rahmenbedingungen anpassen. Allerdings zeigt sich, dass betroffene Arbeitnehmer nicht direkt in weniger betroffene Industrien wechseln und stattdessen zum Teil längere Arbeitslosigkeitsperioden hinnehmen müssen.<sup>10</sup>

8 *Ruggie J. G.*: International Regimes, Transactions, and Change: Embedded Liberalism in the Postwar Economic Order, in: *International Organization*, Vol. 36 (2), 1982, 379-415.

9 *Margalit, Y.*: Economic Insecurity and the Causes of Populism, Reconsidered, in: *Journal of Economic Perspectives*, Vol. 33 (4), 2019, 152-170.

10 *Dauth, W.; Findeisen, S.; Südekum, J.*: Trade and Manufacturing Jobs in Germany, in: *American Economic Review* Vol. 107 (5), 2017, 337-342.

## Daten, Definitionen und Methodik

Wir haben für 15 europäische Länder Daten auf NUTS2-Regionsebene (Nomenclature des Unités territoriales statistiques – NUTS) gesammelt. NUTS2-Regionen haben in der Regel zwischen 800 000 und 3 Millionen Einwohner.<sup>11</sup> Verwendet werden Wahldaten aus 196 europäischen Regionen aus den Jahren, in denen zwischen 1997 und 2019 nationale Parlamentswahlen in den jeweiligen Ländern stattgefunden haben. Untersucht wird der Effekt des regionalen Anstiegs chinesischer Importe auf die Veränderungen der Wahlergebnisse für bestimmte Parteifamilien in der jeweiligen Region. Der Importschock misst, um wieviel Euro pro Arbeiter chinesische Importe ansteigen. In der kurzen Frist wird hier der Zeitraum von zwei Jahren vor der jeweiligen Wahl betrachtet. Bei Wahlergebnissen unterscheiden wir dabei zwischen den Stimmenanteilen rechts- und linksextremer Parteien, populistischer Parteien und der Populismusintensität des gesamten Wahlergebnisses der Region. Für die ersten drei Gruppen wird dabei der regionale Stimmenanteil für die jeweilige Parteifamilie ermittelt. Populismusintensität hingegen misst, inwieweit eine Region populistisch gewählt hat, indem die Wahlergebnisse aller Parteien mit einem Populismusindikator<sup>12</sup> gewichtet werden. Dies dient dem Zweck, nicht nur die Veränderungen des Wahlverhaltens an den Rändern des politischen Spektrums zu untersuchen, sondern auch die Veränderungen der traditionellen Parteien mit einzubeziehen, die unter Umständen selbst auf populistische Rhetorik zurückgreifen, um verlorene Wählergruppen zurückzugewinnen. Die Klassifikation der Parteien<sup>13</sup> basiert auf verschiedenen Definitionen. Rechtsextreme Parteien werden als nativistisch und autoritär definiert (*Mudde 2007*<sup>14</sup>). Linksextreme Parteien werden als Parteien beschrieben, die Veränderungen in der Wirtschaftsstruktur und der Machtverteilung fordern, den zeitgenössischen Kapitalismus kritisieren und eine Umverteilung von Reichtum und anderen Ressourcen verlangen (*March, 2012*<sup>15</sup>). Die verwendete Definition von Populismus

folgt *Mudde (2004)*<sup>16</sup>, wo zwei Hauptmerkmale populistischer Parteien hervorgehoben werden: Zum einen wird die Idee propagiert, dass die Gesellschaft in zwei getrennte Gruppen unterteilt sei – die Elite und das einfache Volk – und zum anderen, dass es einen homogenen Volkswillen gäbe und dass dieser die politische Agenda dominieren sollte.

Unsere Hauptergebnisse basieren auf Regressionsanalysen, bei denen die Veränderung der Wahlanteile auf Ebene der Region durch das Importwachstum in diese Region erklärt wird. Wir analysieren die kausalen Auswirkungen des starken Anstiegs chinesischer Importe in europäische Regionen auf Wahlergebnisse bei nationalen Parlamentswahlen (z. B. Bundestag in Deutschland). Um sicherzustellen, dass wir die interessierende Variation des Importschocks, der durch die steigende chinesische Wettbewerbsfähigkeit verursacht wird, von jeglichen anderen Faktoren auf der Ebene der importierenden europäischen Region trennen, haben wir chinesische Exporte in europäische Regionen mit chinesischen Exporten in US-Regionen instrumentiert. Zusätzlich berücksichtigen unsere Schätzungen nur die Variation der Importschocks zwischen NUTS2-Regionen innerhalb desselben Landes und des gleichen Wahljahres, wodurch wir für alle anderen länder- und zeitspezifische Störfaktoren kontrollieren. Es werden also nicht Veränderungen der Wahlergebnisse in Österreich mit denen in Frankreich verglichen und es werden nicht die Wahlergebnisse innerhalb des gleichen Landes in verschiedenen Jahren verglichen. Jede Wahlperiode unterliegt einem unterschiedlichen politischen Klima, welches nicht quantitativ messbar ist und verglichen werden kann. Somit werden auch mögliche nationale Gegenmaßnahmen zur Eingrenzung populistischer Wahlrends oder Wahleffekte durch landesweite Politikskandale oder besonderes Charisma einzelner Politikerinnen ausgeklammert. Die genutzte Variation ist also die unterschiedliche (instrumentierte) Importbetroffenheit zwischen Regionen desselben Landes vor derselben Wahl; also zum Beispiel Bayern versus Berlin vor der Bundestagswahl 2005.

## Ergebnisse: Kurz- und Langfristeffekte sind verschieden

Bevor wir zu den Regressionsergebnissen kommen, zeigt Tabelle 1 zunächst die mittleren Veränderungen

11 Aufgrund von Datenverfügbarkeit verwenden wir für Deutschland NUTS1 Regionen, welche den Bundesländern entsprechen.

12 Der Populismusindex misst, in welchem Ausmaß eine Partei in einem Wahljahr populistische Rhetorik verwendet, siehe "Varieties of Party Identity and Organization" (*V-Party, Lindberg et al., 2022*)

13 Auf Basis von PopuList, siehe <https://popu-list.org/>.

14 *Mudde, C.:* Populist Radical Right Parties in Europe. *Cambridge University Press, Cambridge 2007.*

15 *March, L.:* Radical Left Parties in Europe. *Routledge, London 2012.*

16 *Mudde, C.:* The populist Zeitgeist, in: *Government and Opposition*, Vol. 39 (4), 2004, 541–563.

**Tabelle 1**

Veränderungen des Importschocks und des Wahlanteils pro Parteifamilie in der kurzen Frist (1997 bis 2007)

	Mittelwert	Sd	min	P25	P75	max	n
Importschock (1000€ / Arbeiter)	0,210	0,272	-0,032	0,045	0,278	2,445	493
Δ linke Parteien	0,002	0,034	-0,219	-0,010	0,012	0,171	489
Δ Populismusintensität	-0,002	0,051	-0,143	-0,029	0,028	0,185	489
Δ populistische Parteien	0,005	0,059	-0,195	-0,003	0,026	0,254	489
Δ rechte Parteien	-0,003	0,039	-0,195	0,000	0,008	0,115	489

Quelle: Deskriptive Statistiken auf NUTS2-Ebene. Jahre 1997–2007. Statistiken für die Ebene NUTS2×Wahl. Änderungen der Wahlergebnisse im Vergleich zur vorherigen Wahl.

des Importschocks und der Wahlergebnisse für die 196 Regionen in der kurzen Frist.

Im Mittel über die Jahre 1997 bis 2007 und über alle Regionen beträgt der Anstieg der Importe in den zwei Jahren vor einer Wahl 210 Euro pro Arbeiter. Betrachtet über den gleichen Zeitraum, waren die durchschnittlichen Veränderungen der Wahlanteile für alle Parteifamilien nahe null. Linke Parteien haben um 0,2 Prozentpunkte gewonnen, während populistische Parteien einen halben Prozentpunkt zulegen konnten. Sowohl die Wahlanteile der extremen Rechten als auch die Populismusintensität sind leicht gesunken.

Der Anstieg der Wahlanteile für populistische und rechtsextreme Parteien tritt erst später ein, besonders bei den Wahlen in den Jahren 2012 bis 2015. Verglichen mit der ersten berücksichtigten Wahl pro Land um das Jahr 2000 verzeichnen populistische Parteien pro Region einen durchschnittlichen Anstieg von 10,5 Prozentpunkten, für rechtsextreme Parteien sind es 5 Prozentpunkte (vgl. Tabelle 2).

Die Abbildung verdeutlicht die Variation der Veränderungen pro Parteifamilie in den verschiedenen Regionen in der langen Frist (bis 2016-2019). Deutlich wird hier zum einen, dass besonders viele Regionen einen

starken Zuwachs rechtsextremer und populistischer Wahlanteile aufweisen (blaue und grüne Regionen). Zudem verlieren extrem linke Parteien an Zustimmung.<sup>17</sup>

Diese rein deskriptiven Ergebnisse zeigen sich auch in der Regressionsanalyse. Der kurzfristige Effekt von Importschocks, gemessen am Anstieg der Importe zwei Jahre vor einer Wahl, ist sehr gering und begünstigt eher linksextreme und populistische Parteien. Der Effekt in der langen Frist ist bei rechtsextremen und populistischen Parteien stärker ausgeprägt, während linke Parteien nicht profitieren. Die wichtigste Erkenntnis der Studie ist jedoch, dass Handelsschocks selbst langfristig nur einen relativ kleinen Teil des Aufstiegs populistischer und rechter Parteien erklären können. Vergleicht man eine durchschnittlich von Handelsschocks betroffene Region mit einer gar nicht betroffenen Region, so war in der betroffenen Region der Anstieg des Stimmenanteils bei rechtsextremen

17 In Österreich lagen die Stimmanteile der rechtspopulistischen und rechtsextremen FPÖ bereits um das Jahr 2000 sehr hoch. Der Rückgang im Wahlanteil rechtsextremer und rechtspopulistischer Parteien von diesem hohen Niveau aus ist auch auf den sogenannten Ibiza-Skandal der FPÖ im Jahr 2019 zurückzuführen.

**Tabelle 2**

Veränderungen des Wahlanteils pro Parteifamilie in der langen Frist (2007 bis 2019)

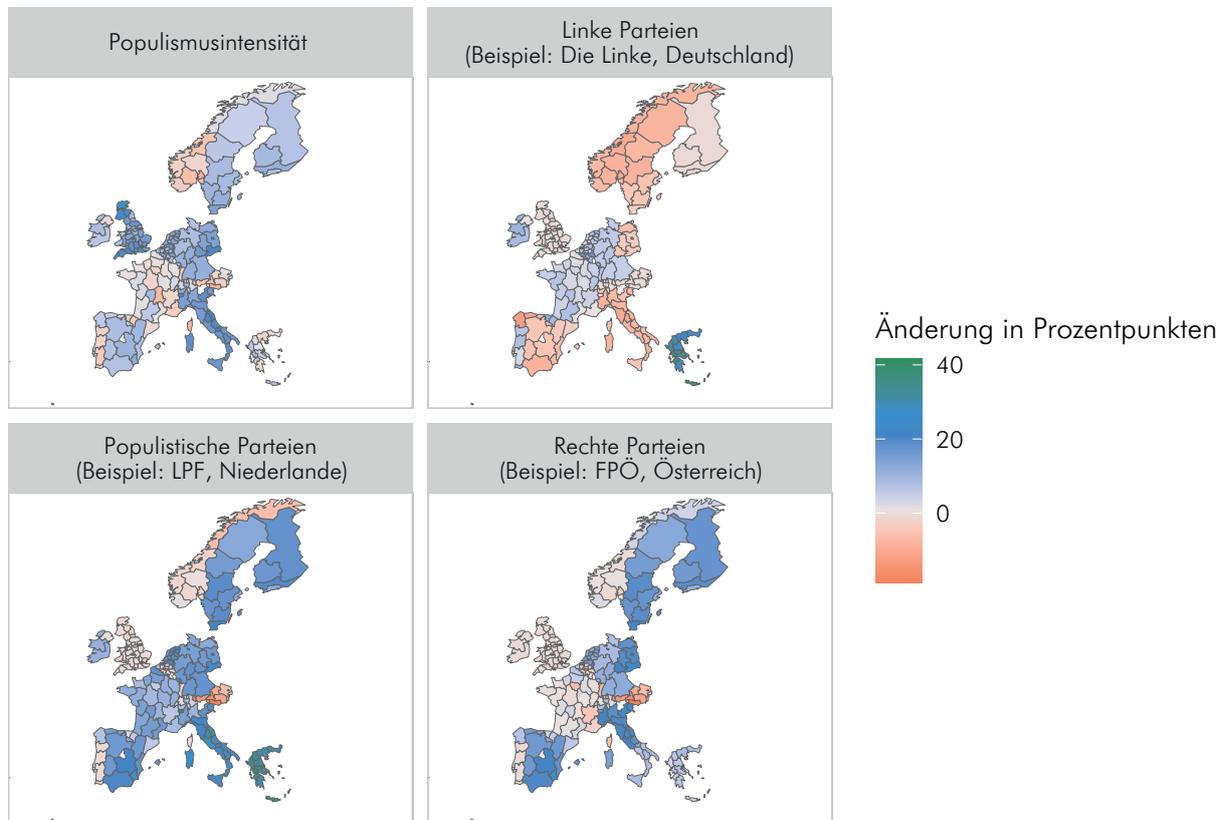
	Regionen	Δ linke Parteien	Δ Populismus-Intensität	Δ populistische Parteien	Δ rechte Parteien
2007 bis 2011	194	-0,001	0,008	0,041	0,021
2012 bis 2015	194	0,011	0,064	0,105	0,050
2016 bis 2019	194	0,025	0,087	0,111	0,065
insgesamt	582	0,012	0,053	0,086	0,046

Quelle: Deskriptive Statistiken auf NUTS2-Ebene. Jahre 2007–2019. Statistiken für die Ebene NUTS2×Wahl. Änderungen der Wahlergebnisse im Vergleich zur letzten Wahl vor 2000.

**Abbildung**

Veränderungen des Wahlanteils pro Parteifamilie für NUTS2-Regionen, berechnet zur Basis der ersten im Datensatz enthaltenen Wahl

1997 bis 2019



Quellen: EuroGeographics für Verwaltungsgrenzen; Deutschland: NUTS1-Regionen aufgrund Datenverfügbarkeit. Wahldaten: Europäische NUTS-Level-Wahldatenbank (EU-NED). Populismusintensität: Populismusindex aus V-Party; Stimmenanteile > 3% je Region, gewichtet von 0 (nicht populistisch) bis 1 (nur populistisch). Parteifamilien aus *The PopuList*.

Parteien etwa ein Sechstel höher und der Anstieg bei populistischen Parteien etwa ein Achtel höher. Somit können selbst starke Unterschiede in den Handelsschocks nur einen relativ kleinen Unterschied in der Entwicklung der Wahlergebnisse erklären. Diese begrenzte Erklärungskraft wirtschaftlicher Einflussfaktoren spiegelt auch Argumente aus der noch immer aktuellen Debatte unter Politikwissenschaftlern wider, die eher Erklärungsansätze kulturellen Ursprungs (wie bspw. Fremdenfeindlichkeit und Widerstand gegen veränderte Geschlechterrollen) im Gegensatz zu wirtschaftlichen Faktoren betonen (*Inglehart und Norris 2016, Margalit 2019*). Dies wirft die Frage auf, inwieweit Kompensationsmaßnahmen für die Verlierer von (wirtschaftlicher) Globalisierung effektiv sein können als Politikinstrument zur Bekämpfung des Aufschwungs rechtsextremer und populistischer Parteien. 



**Annika Backes**

Abteilung Strukturwandel und Produktivität

[Annika.Backes@iwh-halle.de](mailto:Annika.Backes@iwh-halle.de)



**Professor Dr. Steffen Müller**

Leiter der Abteilung Strukturwandel und Produktivität

[Steffen.Mueller@iwh-halle.de](mailto:Steffen.Mueller@iwh-halle.de)

# Wie Arbeitsplatzzusagen die Unternehmensdynamiken beeinflussen

Ufuk Akcigit, Harun Alp, André Diegmann, Nicolas Serrano-Velarde

Arbeitsplatzzusagen stellen eine häufig genutzte industriepolitische Maßnahme dar. Die zugrundeliegende Studie evaluiert die Wirkungen von Arbeitsplatzzusagen zum Zeitpunkt der Privatisierung der Unternehmen in Ostdeutschland nach der Wiedervereinigung. Diese industriepolitische Maßnahme verlangte von den neuen Eigentümern der Unternehmen, sich zu Beschäftigungszielen zu verpflichten, wobei Strafen für Nichteinhaltung vertraglich vereinbart waren. Die Studie zeigt, dass Arbeitsplatzzusagen zu einer Polarisierung und Fehlallokation führen. Während Unternehmen mit geringer Produktivität aus dem Markt gedrängt werden, führt das industriepolitische Instrument zu Verzerrungen in der Unternehmensgröße. Um diese Verzerrungen abzubauen, haben Unternehmen einen Anreiz, in Produktivität zu investieren. Im Vergleich mit produktivitätssteigernden Subventionen zeigen sich Arbeitsplatzzusagen langfristig als weniger nachhaltig und generieren geringere Beschäftigungseffekte.

DOI: <https://doi.org/10.18717/wwn7v8-nr15>

JEL-Klassifikation: D22, D24, J08, L25

Schlagwörter: Arbeitsplatzzusagen, Industriepolitik, Privatisierung, Treuhand

Industriepolitische Maßnahmen stellen oft die Förderung und den Schutz von Beschäftigung in den Mittelpunkt ihrer Gestaltung. Dies ist besonders häufig in Zeiten von strukturellem Wandel der Fall. Eine wichtige, aber wenig erforschte industriepolitische Maßnahme macht die öffentliche Unterstützung für Unternehmen von Beschäftigungszielen abhängig. Maßnahmen mit Beschäftigungszielen sind in wirtschaftspolitischen Debatten weltweit von großer Bedeutung und umfassen Unterstützungsmaßnahmen, beispielsweise bei Initiativen wie dem Paycheck Protection Program (PPP) in den USA während und nach der COVID-19-Pandemie und der in Deutschland vorhandenen Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur (GRW). Auch beim Kohleausstieg in Deutschland sind Förderungszusagen an Beschäftigungsziele gebunden.

Dieser Beitrag – basierend auf einer Studie von Akcigit et al. (2024)<sup>1</sup> – stellt dar, dass Beschäftigungsziele heterogene dynamische Auswirkungen auf das Verhalten von Unternehmen haben. Es zeigt sich, dass Arbeitsplatzzusagen die Kosten der Unternehmen strukturell erhöhen und so zu einer Polarisierung und zu Fehlallokationen führen. Für Unternehmen mit

geringer Produktivität stellen Arbeitsplatzvereinbarungen derart hohe Kosten dar, dass die Unternehmensgewinne negativ werden. Diese treten aus dem Markt aus, mit negativen Auswirkungen auf Beschäftigung. Ein anderer Teil der Unternehmen, die weiterhin produzieren, werden in ihrer Wahl der Unternehmensgröße verzerrt. Aufgrund von drohenden Strafzahlungen beschäftigen die Unternehmen mehr Personal als deren optimale Unternehmensgröße ergeben würde. Nach Ablauf der Vertragslaufzeit wird ein Teil der zusätzlichen Beschäftigung abgebaut. Allerdings generieren Arbeitsplatzzusagen auch positive dynamische Produktivitätseffekte bei den verbleibenden Unternehmen. Um die zukünftige Unternehmensgröße mit geringen Kosten zu erreichen, haben Unternehmen einen Anreiz, in Produktivität zu investieren. Aufgrund dieser Produktivitätssteigerungen kommt es nicht zum vollständigen Abbau der zusätzlichen Beschäftigung. Im Aggregat können Arbeitsplatzzusagen demnach zu einem langfristigen Anstieg der Beschäftigung führen.

Die empirische Relevanz dieser Mechanismen kann mit Daten von ostdeutschen Unternehmen nach der Privatisierung durch die Treuhandanstalt bestätigt werden. Die Kosten der Fehlallokation durch wirtschaftspolitisch eingeforderte Arbeitsplatzzusagen sind jedoch deutlich. Wäre es zu Produktivitätssteigerungen der Unternehmen aufgrund von Subven-

<sup>1</sup> Akcigit, U.; Alp, H.; Diegmann, A.; Serrano-Velarde, N.: *Committing to Grow: Employment Targets and Firm Dynamics*. IWH-Diskussionspapier 17/2023. Halle (Saale) 2024.

tionen gekommen, hätte der permanente Beschäftigungseffekt doppelt so hoch ausfallen können.

## Institutioneller Rahmen

Gegründet im März 1990 unter dem letzten kommunistischen Regime in Ostdeutschland, erhielt die Treuhandanstalt (THA) im Juli 1990 durch das Treuhandgesetz größere Befugnisse. Mit der Aufgabe, die Unternehmen zu verwalten und zu privatisieren, die zuvor im Besitz der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) waren, wurde die THA zur größten Holding der Welt. Sie umfasste ein Portfolio von rund 12 000 Unternehmen mit etwa 4,5 Millionen Beschäftigten, was etwa 50% der erwerbstätigen Bevölkerung in der DDR entsprach.

Privatisierungen durch die THA erfolgten sowohl als Privatisierung ganzer Unternehmen als auch durch Ausgliederungen infolge von Umstrukturierungen und Liquidationen. Das Standardverfahren der Privatisierung erfolgte durch Direktverkäufe an interessierte Käufer. Strukturierte Auktionen fanden eher in Ausnahmefällen statt, zum Beispiel für kleine Management-Buy-Out-Privatisierungen (*Schmidt, 1993<sup>2</sup>*). Innerhalb des Verkaufsprozesses war die Rolle und Freiheit, die dem zuständigen Privatisierer zugewiesen wurde, erheblich. In den offiziellen Handbüchern, die von den Mitarbeitern der THA verwendet wurden, wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass der Verkaufsprozess vom Privatisierer gesteuert werden soll und dass die Gewichtung der Komponenten jedes Angebots keiner starren Formel unterlag.

Verkaufsverträge wurden so gestaltet, dass sie neben dem Verkaufspreis Garantien der Käufer hinsichtlich Beschäftigungs- und Investitionsniveaus enthielten. In der Praxis war das Ziel des Verkaufsprozesses nicht unbedingt die Maximierung des Verkaufspreises, sondern vielmehr die Sicherstellung von Beschäftigungsniveaus des privatisierten Unternehmens. Diese Sicherstellung erfolgte durch verbindliche Arbeitsplatzzusagen, die für einen vereinbarten Zeitraum aufrechterhalten werden sollten. Obwohl solche Verpflichtungen zu Kaufpreisvergünstigungen führen konnten, variierte der Bewertungsprozess für jeden Fall, ohne einer festen Formel zu folgen (*Dodds, Wächter, 1993<sup>3</sup>*). Die Verpflichtung bezog sich speziell auf

den erworbenen Betrieb und konnte nicht erfüllt werden, indem Personen in anderen Betrieben des Käufers beschäftigt wurden (*Siebert, 1991<sup>4</sup>; Fischer et al., 1993<sup>5</sup>*). Ebenso stellten diese Verpflichtungen Unternehmensverträge dar und waren daher bei einem Firmenverkauf weiterhin gültig.

Die eingegangenen Verpflichtungen umfassten Vertragsstrafen bei Nichteinhaltung und wurden durch das THA-Vertragsmanagement kontrolliert. Die Strafen waren so konzipiert, dass sie den Personalkosten unter Berücksichtigung der branchenüblichen Löhne entsprachen. Wenn beispielsweise ein Unternehmen kontinuierlich einen Mitarbeiter über einen Vertragszeitraum von drei Jahren nicht besetzt, hat das Unternehmen insgesamt drei Verpflichtungen nicht eingehalten und muss dreimal die Strafe pro verpassten Arbeitsplatz zahlen. Die effektiven Strafzahlungen können jedoch aufgrund von Neuverhandlungen, Bagatelldfällen und gerichtlichen Entscheidungen niedriger ausfallen.

## Datenverfügbarkeit

Der empirischen Analyse liegt ein Datensatz aus dem Bundesarchiv zugrunde, der alle Dokumente enthält, die von der THA erstellt wurden. Insgesamt liegen für über 18 000 Privatisierungsverträge Arbeitsplatzverpflichtungen vor, die etwa 900 000 Arbeitnehmer in Ostdeutschland umfassen. Die durchschnittliche Dauer, in der die Zusagen eingehalten werden mussten, umfasste rund 3,3 Jahre. Diese Verträge wurden insbesondere zwischen den Jahren 1991 bis 1993 geschlossen. Die Daten enthalten weiterhin detaillierte Informationen zu allen Beschäftigungszielen und -fristen. Alle geschlossenen Verträge wurden einer regelmäßigen Überprüfung unterzogen, die von Vertragsmanagern der THA durchgeführt wurden.

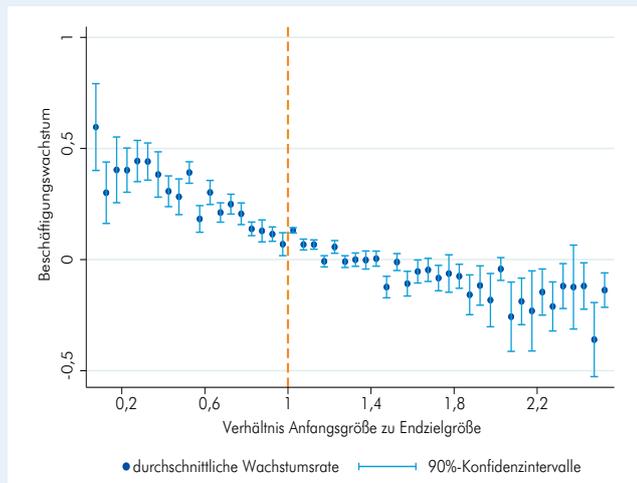
## Arbeitsplatzzusagen und Unternehmensentwicklung

Abbildung 1 zeigt das Beschäftigungswachstum nach dem Verhältnis der vereinbarten Zielgröße zur Anfangsgröße der Unternehmen. Unternehmen unter dem Wert von 1 sind vertraglich verpflichtet zu wachsen,

2 *Schmidt, R.*: Zwischenbilanz: Analysen zum Transformationsprozess der ostdeutschen Industrie. Akademischer Verlag, Berlin, 1993.  
3 *Dodds, P.; Wächter, G.*: Privatization Contracts with the German Treuhandanstalt: An Insiders' Guide, in: *The International Lawyer*, Vol. 27, (1), 1993, 65–90.

4 *Siebert, H.*: German Unification: the Economics of Transition, in: *Economic Policy*, Vol. 6 (13), 1991, 287–340.  
5 *Fischer, W.; Hax, H.; Schneider, H. K.*: Treuhandanstalt: Das Unmögliche wagen: Forschungsberichte "Die Entstehung der Treuhandanstalt" und "Strategien der Privatisierung". De Gruyter Akademie Forschung, 1993.

**Abbildung 1**  
Beschäftigungswachstum nach Wachstumszusage



Quelle: Akcigit, U.; Alp, H.; Diegmann, A.; Serrano-Velarde, N.: Committing to Grow: Employment Targets and Firm Dynamics. IWH-Diskussionspapier 17/2023. Halle (Saale) 2024.

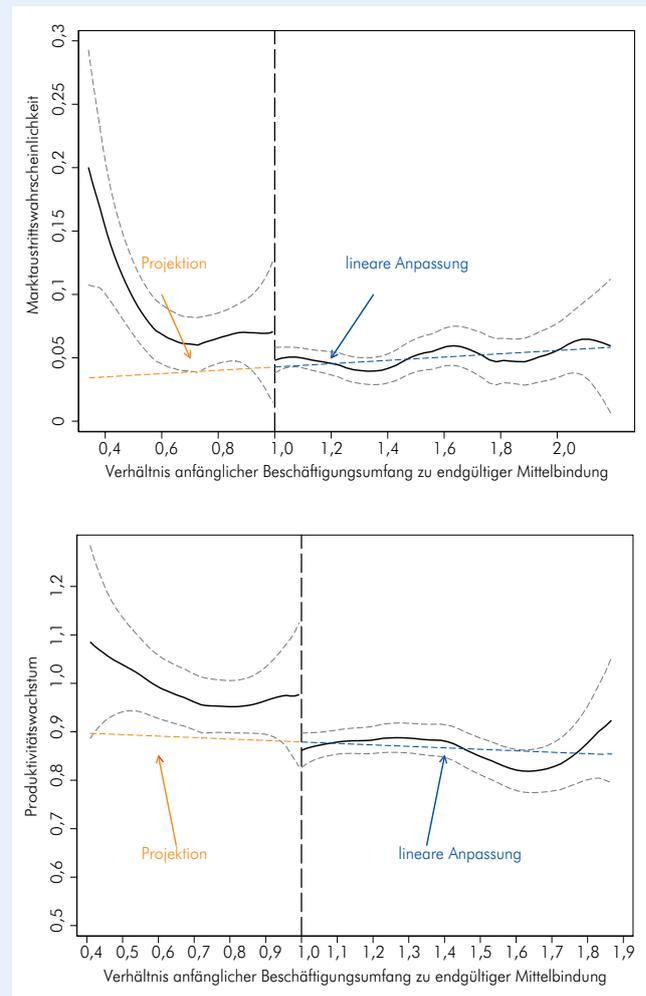
während Unternehmen über dem Wert von 1 zu Beginn der Vertragslaufzeit größer sind als die vereinbarte Mindestgröße zum Endzeitpunkt des Vertrags. Die Abbildung zeigt, dass eine vertragliche Verpflichtung zum Wachsen dazu führte, dass Unternehmen gewachsen sind. Je stärker die Wachstumsverpflichtung war, desto stärker zeigt sich auch die Beschäftigungswachstumsrate. Diese Ergebnisse deuten zunächst darauf hin, dass – aufgrund der Vertragsstrafen – die Arbeitsplatzzusagen eingehalten wurden.

Wie die Autoren in der Studie zeigen, kam es auch zu Vertragsverletzungen mit anschließender Neuverhandlung von Vereinbarungen oder effektiven Strafzahlungen.

Höheres Beschäftigungswachstum stellt jedoch nur einen Teil der entstandenen Polarisierung dar. Für Unternehmen mit geringer Produktivität führen Arbeitsplatzzusagen zu negativen Unternehmensgewinnen und somit zu einem Austritt aus dem Markt. Abbildung 2 zeigt die Marktaustrittsraten. Der erhöhte Marktaustritt ist insbesondere für Unternehmen sichtbar, die deutliche Wachstumszusagen (Verhältnis von Anfangsgröße zum Beschäftigungsziel kleiner als 1) eingegangen sind.

Hätte sich die Verbindung von Arbeitsplatzzusagen zu Marktaustrittsraten bei den Werten von über 1 (blaue Line in Abbildung 2) fortgesetzt, würden sich in der Projektion (orange Line) deutlich geringe Austrittsraten ergeben. Die tatsächlichen Marktaustritte (schwarze Line) liegen demnach deutlich über den erwarteten Austrittsraten.

**Abbildung 2**  
Marktaustritt und Produktivität



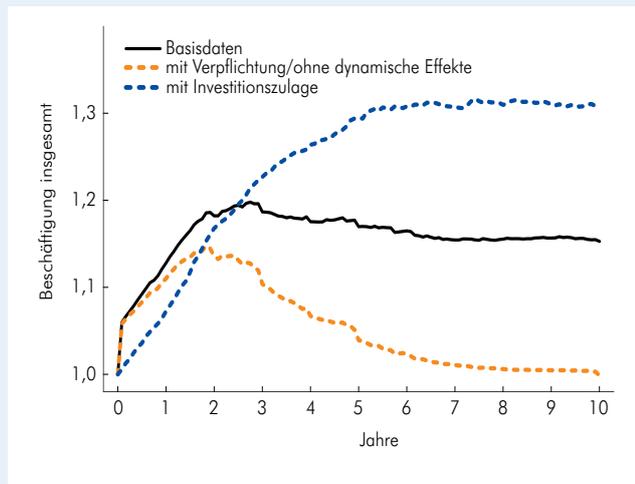
Quelle: Akcigit, U. et al., ebd.

Neben diesen direkten allokativen Implikationen haben Unternehmen, die nicht aus dem Markt austreten, einen Anreiz ihre Produktivität zu steigern. Der Grund hierfür liegt in der Tatsache begründet, dass produktivere Unternehmen größer sind und demnach einen Teil der zukünftig vertraglich vereinbarten Unternehmensgröße gerechtfertigt wird und Kosten der Fehlallokation abgebaut werden können. Der untere Teil der Abbildung 2 zeigt, dass das Produktivitätswachstum für Unternehmen, die anfänglich kleiner waren als vertraglich vereinbart, stärker ausfällt.

### Alternative Politikmaßnahmen und langfristige Überlegungen

Die Zusammenführung der empirischen Ergebnisse mit einem strukturellen Modellrahmen erlaubt es, eine alternative wirtschaftspolitische Maßnahme als Vergleich heranzuziehen, um so Implikationen zu den

**Abbildung 3**  
Langfristige Beschäftigungsentwicklungen



Quelle: Akcigit, U. et al., ebd.

Kosten der Fehlallokation abzuleiten. Statt der vertraglichen Verpflichtung zu Arbeitsplatzzusagen, sollen produktivitätssteigernde Subventionen als Alternative betrachtet werden. Dabei ist zu beachten, dass hier keine Kapital- oder Beschäftigungssubventionen gemeint sind, sondern Subventionen, die die Produktivität direkt betreffen. Die Subventionen werden dabei so kalibriert, dass sich die gleichen Beschäftigungsergebnisse zum Ende der Vertragslaufzeit (rund 3,3 Jahre) generieren würden. Die Diskussion erfolgt demnach anhand von kurzfristigen und langfristigen Unterschieden in der Beschäftigungswirkung.

Die schwarze Linie in Abbildung 3 zeigt zunächst die Beschäftigungsentwicklung bis zu zehn Jahren nach Vertragsbeginn. Der aggregierte Beschäftigungseffekt ist, insbesondere aufgrund der gestiegenen Produktivität, positiv und beläuft sich zehn Jahre nach Vertragsbeginn bei etwa 15% höherer Beschäftigung als im Vergleich zum Szenario ohne Arbeitsplatzzusagen. Ohne diesen Produktivitätseffekt (rote gestrichelte Linie) wäre es langfristig zu keinem Beschäftigungsanstieg gekommen. Der Grund hierfür ist, dass sich die optimale Unternehmensgröße ohne den dynamischen Produktivitätseffekt nicht verändert und die Beschäftigung nach Vertragsende entsprechend abgebaut wird.

Die blau gestrichelte Linie zeigt den Vergleich der alternativen Subventionspolitik. Innerhalb der ersten zwei Jahre generiert die Subventionsalternative weniger Beschäftigung, da die Produktivitätssteigerung Zeit benötigt. Kurzfristig besteht der starke Beschäftigungsanstieg demnach vollständig aus dem Horten von Arbeitskräften und stellt eine reine Fehlallokation

von Arbeitskräften dar. Aufgrund des natürlichen Anstiegs der Produktivität kommt es, im Vergleich zum Instrument der Arbeitsplatzzusagen, langfristig jedoch zu einem deutlich höheren Beschäftigungsniveau. Dieses Ergebnis deutet auf die kurzfristige Organisationsstruktur der THA hin, die aufgrund der hohen und steigenden Arbeitslosigkeit und sozialen Unruhen das kurzfristige Ziel der Beschäftigungsstabilisierung verfolgte.

Die vorliegende Analyse stellt einen systematischen Befund für ein bekanntes wirtschaftspolitisches Dilemma dar. Die kurzfristige Konzentration auf Beschäftigung kann zu Fehlallokationen führen und demnach auf Kosten einer langfristig prosperierenden Entwicklung gehen. 📌

Harun Alp, Ph.D.

Federal Reserve Board

[harun.alp@frb.gov](mailto:harun.alp@frb.gov)

Professor Nicolas Serrano-Velarde, Ph.D.

Forschungsprofessor am IWH,  
Bocconi University

[nicolas.serranovelarde@unibocconi.it](mailto:nicolas.serranovelarde@unibocconi.it)



Professor Ufuk Akcigit, Ph.D.

Forschungsprofessor am IWH,  
University of Chicago

[uakcigit@uchicago.edu](mailto:uakcigit@uchicago.edu)



Dr. André Diegmann

Abteilung Strukturwandel und Produktivität

[Andre.Diegmann@iwh-halle.de](mailto:Andre.Diegmann@iwh-halle.de)

## Interview: Promovieren in Wirtschaftswissenschaften am IWH

Michael Koetter, Leiter der Abteilung Finanzmärkte



Das Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) bietet ein Doctoral Programme in Economics (DPE). Diese Promotionsstellen in Wirtschaftswissenschaften bieten Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftlern die Möglichkeit, ihre Forschung unter exzellenten Bedingungen durchzuführen und sich während ihrer Promotion in Wirtschaftswissenschaften in einem internationalen Netzwerk zu verankern. Wir sprechen mit dem Leiter des Programms, Professor Michael Koetter, Ph.D.

*Herr Koetter, das IWH bietet das Doctoral Programme in Economics (DPE) an. Was genau macht dieses Programm so besonders?*

Professor Michael Koetter, Ph.D.: Das DPE-Programm am IWH ist ein in Deutschland einzigartiges Angebot, das sich durch seinen starken Forschungsbezug, seine enge Betreuung und seine internationale Ausrichtung auszeichnet. Es ermöglicht Doktorandinnen und Doktoranden, an einem der renommiertesten Wirtschaftsforschungsinstitute in Deutschland zu forschen und dabei von der Expertise und den umfangreichen Netzwerken unserer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler direkt zu profitieren. Viele unserer Absolventinnen und Absolventen starten nach ihrer Promotion in Wirtschaftswissenschaften in exzellenten nationalen und internationalen Positionen in Wirtschaft und Wissenschaft sowie politischen und regulatorischen Institutionen wie der EZB.

*Welche Vorteile bietet die Promotion in Wirtschaftswissenschaften am IWH den teilnehmenden Doktorandinnen und Doktoranden?*

Ein wesentlicher Vorteil des DPE-Programms ist die intensive Betreuung und Unterstützung, die unsere Doktorandinnen und Doktoranden während ihrer gesamten Promotionszeit erhalten. Sie arbeiten eng mit erfahrenen Wirtschaftswissenschaftlerinnen und Wirtschaftswissenschaftlern zusammen und werden in alle Aspekte der wissenschaftlichen Arbeit eingebunden. Darüber hinaus profitieren sie von einem strukturierten Curriculum, das nicht nur Fachwissen, sondern auch methodische und interdisziplinäre Kompetenzen vermittelt. Ein weiterer Pluspunkt die-

ser Promotionsstellen in Wirtschaftswissenschaften ist die Möglichkeit, Teil eines internationalen Netzwerks zu werden, was sowohl für die persönliche als auch für die berufliche Entwicklung von unschätzbarem Wert ist.

*Das DPE-Programm ist stark international ausgerichtet. Welche Rolle spielt die Internationalisierung für das IWH und das Programm selbst?*

Internationalisierung ist ein zentraler Pfeiler unserer Strategie am IWH. Wir sind davon überzeugt, dass exzellente Forschung nur im Austausch mit internationalen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern sowie Institutionen möglich ist. Für das DPE-Programm bedeutet dies, dass unsere Doktorandinnen und Doktoranden nicht nur am IWH-Sitz in Halle forschen, sondern während ihrer Promotion in Wirtschaftswissenschaften auch die Möglichkeit haben, im Rahmen von Forschungsaufenthalten oder Kooperationen mit unseren internationalen Partnern wertvolle Erfahrungen zu sammeln. Zudem fördern wir aktiv die Teilnahme an internationalen Konferenzen und die Publikation in renommierten internationalen Fachzeitschriften.

*Wie profitieren die Doktorandinnen und Doktoranden konkret von der Vernetzung mit internationalen Partnern?*

Die Vernetzung mit internationalen Partnern eröffnet unseren Doktorandinnen und Doktoranden zahlreiche Möglichkeiten, sei es durch gemeinsame Forschungsprojekte, den Austausch mit führenden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern oder den

Zugang zu zusätzlichen Ressourcen und Daten. Diese internationale Zusammenarbeit fördert nicht nur die Qualität der Forschung, sondern erweitert auch den Horizont der Promovierenden und bereitet sie optimal auf eine Karriere in der Wissenschaft, einem globalisierten Wirtschaftssystem oder in internationalen Organisationen vor. Zudem stärkt sie das Profil des IWH als führendes Zentrum für Wirtschaftsforschung mit globaler Ausrichtung.

*Welche Voraussetzungen sollte man mitbringen, um am DPE-Programm teilnehmen zu können?*

Bewerberinnen und Bewerber für unsere Promotionsstellen in Wirtschaftswissenschaften sollten ein starkes Interesse an wirtschaftswissenschaftlicher Forschung mitbringen und bereit sein, sich intensiv mit komplexen ökonomischen Fragestellungen auseinanderzusetzen. Ein abgeschlossenes Masterstudium in Wirtschaftswissenschaften oder einem verwandten Fach – z. B. Mathematik, Statistik, Betriebswirtschaft, Rechnungswesen und Finanzen – ist eine Grundvoraussetzung. Darüber hinaus legen wir großen Wert auf analytische Fähigkeiten, Eigeninitiative

und die Bereitschaft, sich in einem internationalen Umfeld zu engagieren. Wichtig ist auch die Motivation, zur wissenschaftlichen Gemeinschaft beizutragen und innovative Lösungen für aktuelle wirtschaftliche Herausforderungen zu entwickeln.

*Was sind Ihre Ziele für die Zukunft des DPE-Programms?*

Unser Ziel ist es, das DPE-Programm weiter zu stärken und es dauerhaft als eine der führenden Adressen für wirtschaftswissenschaftliche Promotionen zu etablieren. Wir möchten die internationale Sichtbarkeit des Programms weiter erhöhen und noch mehr talentierte Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftler aus aller Welt anziehen. Zudem planen wir, unsere Kooperationen mit internationalen Partnern auszubauen und die Forschungsaktivitäten unserer Doktorandinnen und Doktoranden durch zusätzliche Fördermittel und Projekte weiter zu unterstützen.

Die Fragen stellte Wolfgang Sender. 

DOI: <https://doi.org/10.18717/wwr6pw-at16>

Die Bewerbungsrunde für das Doktorandenprogramm ist gestartet. Interessierte können sich bis zum 15. Januar 2025 für die Einstellung zum Herbst 2025 bewerben. Weitere Infos gibt es auf der IWH-Webseite unter <https://www.iwh-halle.de/karriere/doctoral-programme/iwh-doctoral-programme-in-economics>. Zur Online-Bewerbung geht es hier <https://jobs.iwh-halle.de/jobposting/7bd94df83ecc2e3d57bdf401326a6e-59fa1dada00?ref=homepage>.

## Meldungen



### IWH-Präsident am Bundesverfassungsgericht

Am Bundesverfassungsgericht steht derzeit der Solidaritätszuschlag auf dem Prüfstand. **IWH-Präsident Reint Gropp** war geladen, um ein Gutachten des DIW zu bewerten. Dieses war 2020 vom Bundesfinanzministerium in Auftrag gegeben worden und spielte eine wichtige Rolle bei der Frage nach dem zusätzlichen Finanzbedarf des Bundes nach der Wiedervereinigung. Gropp erklärte, dass sich aufgrund von Abwanderung von Ost nach West zwar eine Umverteilung rechtfertigen lasse, nicht aber ein zusätzlicher Finanzbedarf des Bundes.



### IWH-Wissenschaftlerin Lena Tonzer im Bundestag

**Lena Tonzer** aus der Abteilung Finanzmärkte war bei einer Anhörung des Bundesfinanzausschusses zum geplanten Restrukturierungsfonds-Übertragungsgesetz als Expertin geladen. Es ging um die Frage, ob der Bund Gelder der Bankenabgabe nutzen darf, um Schulden aus der Finanzkrise zu tilgen. Diskutiert wurde zudem, ob deutsche Banken Zahlungen in den europäischen Topf für in Not geratene Banken (Single Resolution Fonds) als Betriebsausgabe steuerlich geltend machen dürfen. Lena Tonzer äußerte sich kritisch, denn die Bankenabgabe setze den Anreiz für mehr Eigenkapital. Diese Lenkungswirkung könne reduziert werden, warnte sie, insbesondere in Ländern mit hohen Unternehmenssteuern.



### Bewerbungsrunde für Doktorandenprogramm gestartet

Noch bis zum 15. Januar 2025 können sich herausragende Masterabsolventen für das IWH Doctoral Programme in Economics (DPE) bewerben. Die Einstellung erfolgt zum Herbst 2025. Weitere Informationen zum Programm gibt es [auf der IWH-Webseite](#), hier geht es auch zur [Online-Bewerbung](#).

## Veranstaltungen



Mittwoch, 25. und Donnerstag, 26. September 2024, ESADE Business School, Barcelona

### 4th Finance and Productivity (FINPRO) Conference "Climate Shocks, Innovation, Financing, and Global Adaptation"

A conference jointly organised by the ESADE Business School, the European Central Bank (ECB), the European Bank for Reconstruction and Development (EBRD), the European Banking Association (EBA), the Competitiveness Research Network (CompNet) and the Halle Institute for Economic Research (IWH).

Keynote Speakers: [Patrick Bolton](#) (Columbia Business School, Imperial College London) and [Mirabelle Muïls](#) (CEPR, Imperial College London)



Montag, 21. und Dienstag, 22. Oktober 2024, IWH, Halle (Saale)  
**10th IWH-FIN-FIRE Workshop on „Challenges to Financial Stability“**

The Halle Institute for Economic Research (IWH) organised a workshop on „Challenges to Financial Stability“ on October 21st and 22nd, 2024, which was held in Halle (Saale).

Keynote Speakers: [Erwan Morellec](#) (Ecole Polytechnique Federale de Lausanne) and [Josef Zechner](#) (Vienna University of Economics)



Mittwoch, 23. Oktober 2024, IWH, Halle (Saale)

### Second Annual PhD Research Workshop

On behalf of the network „Challenges to the European Monetary and Financial System (NEFI)“, the IWH hosted the Second Annual PhD Research Workshop on October 23, 2024. The network is a joint initiative of DIW Berlin, ESMT Berlin, ifo Institute, IMFS, IWH, SAFE and ZEW.



Donnerstag, 7. November 2024, ESMT Berlin

### Berlin Science Week 2024

Ein Experten-Dialog zum Thema „Welche Reformen braucht die deutsche Wirtschaft, um wieder erfolgreich zu sein?“ mit [Reint E. Gropp](#) (IWH) und [Jörg Rocholl](#) (ESMT Berlin) im Rahmen der Berlin Science Week 2024.

## Veranstaltungen



Montag, 25. und Dienstag, 26. November 2024, IWH, Halle (Saale)

### 25th IWH-CIREQ-GW-BOKERI Macroeconomic Workshop: International Macroeconomics

The workshop served as a forum for the discussion of recent advancements in empirical and applied macroeconomic modelling, aiming to connect academic researchers and practitioners.

[Gabriel Felbermayr](#) (Austrian Institute of Economic Research) and [Jesper Lindé](#) (International Monetary Fund)



Mittwoch, 27. und Donnerstag, 28. November 2024, Mönchengladbach, Haus Erholung

### Tagung zum Strukturwandel in den Braunkohlerevieren: Transformationsregionen als Ressource

Das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) hat gemeinsam mit der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen (RWTH), der Stadt Mönchengladbach, der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg (BTU), dem IWH, der Zukunftsagentur Rheinisches Revier und dem Institut für Strukturwandel und Nachhaltigkeit (HALIS) am 27. und 28. November 2024 zur zweiten Auflage der transdisziplinären Tagung „Strukturwandel in den Braunkohlerevieren“ nach Mönchengladbach eingeladen.



Donnerstag, 12. Dezember 2024, IWH, Halle (Saale)

### Vorstellung des Finanzstabilitätsberichts der Bundesbank

Der Finanzstabilitätsbericht 2024 enthält Analysen und Einschätzungen der Deutschen Bundesbank zur Stabilität des deutschen Finanzsystems. Im Bericht werden die wichtigsten Risiken aus dem internationalen Umfeld und die Risikolage des deutschen Finanzsystems dargelegt.

Vorgestellt wurde er von [Manuel Buchholz](#) und [Moritz Stieglitz](#) (Deutsche Bundesbank)

## Veranstaltungen



**UPCOMING:** Mittwoch, 22. Januar 2025, IWH, Halle (Saale)  
**Europa-Debatte: Die EU im Wettbewerb um Seltene Erden – welcher Strategie folgen wir?**  
Im Rahmen der gemeinsamen Veranstaltungsreihe der Nationalen Akademie der Wissenschaften Leopoldina und des IWH diskutieren Robert Möckel, Lisandra Flach, Yun Schüler-Zhou und Reinhard Bütikofer darüber, ob die Abhängigkeit von Rohstoffen Europas Zukunft gefährdet. Moderiert wird die Veranstaltung von Markus Becker. Wir laden Sie ein zum Mitdiskutieren.



**UPCOMING:** Dienstag, 25. Februar 2025, IWH, Halle (Saale)  
**Policy Talk mit Dr. Volker Treier**  
Dr. Volker Treier ist Außenwirtschaftschef und Mitglied der Hauptgeschäftsführung der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK). An seinen Vortrag am 25. Februar 2025 zum Thema „Globaler Wandel: Das deutsche Geschäftsmodell zwischen Protektionismus, Nachhaltigkeit und Standortwettbewerb“ schließt sich eine Diskussion mit IWH-Präsident Reint E. Gropp an. Im Anschluss gibt es Gelegenheit für Publikumsfragen.



**UPCOMING: Dienstag, 4. März 2025, IWH, Halle (Saale)**  
**Fachkräftemangel in Deutschland: Befunde, Diagnosen, Therapien**  
Save the date: Am 4. März 2025 findet unsere Jahrestagung zum Thema Fachkräftemangel in Deutschland statt. Zum Auftakt wird Staatssekretärin **Leonie Gebers** (Bundesministerium für Arbeit und Soziales) zum Thema „Lösung des Fachkräfteproblems: Welche Weichen stellt die Bundesregierung?“ sprechen.

## Publikationen

Research Policy

### Skill Mismatch and the Costs of Job Displacement

*L. Nedelkoska, F. Neffke, Simon Wiederhold*

>>Establishment closures have lasting negative consequences for the workers displaced from their jobs. We study how these consequences vary with the amount of skill mismatch that workers experience after job displacement. Developing new measures of occupational skill redundancy and skill shortage, we analyze the work histories of individuals in Germany between 1975 and 2010. ...<<

Review of Financial Studies

### Flight to Safety: How Economic Downturns Affect Talent Flows to Startups

*Shai B. Bernstein, R. R. Townsend, T. Xu*

>>Using proprietary data from AngelList Talent, we study how startup job seekers' search and application behavior changed during the COVID-19 downturn. We find that workers shifted their searches and applications away from less-established startups and toward more-established ones, even within the same individual over time. ...<<

Journal of Corporate Finance

### Economic Preferences for Risk-taking and Financing Costs

*M. D. Delis, Iftekhar Hasan, M. Iosifidi, C. Tsoumas*

>>We hypothesize and empirically establish that economic preferences for risk-taking in different subnational regions affect firm financing costs. We study this hypothesis by hand-matching firms' regions worldwide with the corresponding regional economic risk-taking preferences. We first show that higher regional risk-taking is positively associated with several measures of firm risk and investments ...<<

Journal of Corporate Finance

### Regulation and Information Costs of Sovereign Distress: Evidence from Corporate Lending Markets

*Iftekhar Hasan, S.-J. Kim, P. Politsidis, E. Wu*

>>We examine the effect of sovereign credit impairments on the pricing of syndicated loans following rating downgrades in the borrowing firms' countries of domicile. We find that the sovereign ceiling policies used by credit rating agencies create a disproportionately adverse impact on the bounded firms' borrowing costs relative to other domestic firms following their sovereign's rating downgrade. ...<<

American Economic Association Papers and Proceedings

### Robot Hubs: The Skewed Distribution of Robots in US Manufacturing

*E. Brynjolfsson, C. Buffington, N. Goldschlag, J. F. Li, Javier Miranda, R. Seamans*

>>We use establishment-level data from the US Census Bureau's Annual Survey of Manufactures to study the characteristics and geographic locations of investments in robots. We find that the distribution of robots is highly skewed across locations. ...<<

Journal of Business Ethics

### Institutions and Corporate Reputation: Evidence from Public Debt Markets

*X. Gu, Iftekhar Hasan, H. Lu*

>>Using data from China's public debt markets, we study the value of corporate reputation and how it interacts with legal and cultural forces to assure accountability. Exploring lawsuits that change corporate reputation, we find that firms involved in lawsuits experience a decrease in bond values and a tightening of borrowing terms. ...<<

## Publikationen

Journal of Financial Services Research

### The Effect of Bank Organizational Risk-management on the Price of Non-deposit Debt

*Iftekhar Hasan, E. Peng, M. Waisman, M. Yan*

>>We test whether organizational risk management matters to bondholders of U.S. bank holding companies (BHCs), and find that debt financing costs increase when the BHC has lower-quality risk management. ...<<

The Review of Corporate Finance Studies

### Credit Supply Shocks: Financing Real Growth or Takeovers?

*Tobias Berg, Daniel Streitz, M. Wedow*

>>How do firms invest when financial constraints are relaxed? We document that firms affected by a large positive credit supply shock predominantly increase borrowing for transaction-based purposes. These treated firms have larger asset and employment growth rates; however, growth entirely stems from the increased takeover activity. ...<<

## Diskussionspapiere

IWH-Diskussionspapiere Nr. 21/2024

### Forecast Combination and Interpretability Using Random Subspace

*Boris Kozyrev*

IWH-Diskussionspapiere Nr. 22/2024

### Step by Step – A Quarterly Evaluation of EU Commission's GDP Forecasts

*Katja Heinisch*

IWH-Diskussionspapiere Nr. 23/2024

### From Shares to Machines: How Common Ownership Drives Automation

*J. Emmens, Dennis Hutschenreiter, S. Manfredonia, Felix Noth, Tommaso Santini*

IWH-Diskussionspapiere Nr. 24/2024

### From Labor to Intermediates: Firm Growth, Input Substitution, and Monopsony

*Matthias Mertens, Benjamin Schoefer*

IWH-Diskussionspapiere Nr. 25/2024

### The Distribution of National Income in Germany, 1992-2019

*S. Bach, C. Bartels, Theresa Neef*

## Pressemitteilungen

IWH-Pressemitteilung 26/2024

### Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2024: Deutsche Wirtschaft im Umbruch – Konjunktur und Wachstum schwach

>>Die Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose prognostiziert für das Jahr 2024 einen Rückgang des Bruttoinlandsprodukts in Deutschland um 0,1%. Für die kommenden beiden Jahre erwarten die Institute eine schwache Erholung mit Zuwächsen von 0,8% (2025) und 1,3% (2026). Gegenüber der Prognose vom Frühjahr bedeutet dies eine Abwärtsrevision um 0,2 (2024) und 0,6 (2025) Prozentpunkte. ...<<

IWH-Pressemitteilung 27/2024

### Dienstleistungen stützen ostdeutsche Wirtschaft – Implikationen der Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2024 und von aktuellen Halbjahresdaten für die Länder

>>Im Jahr 2024 dürfte die ostdeutsche Wirtschaft um 0,2% wachsen, während sie in Deutschland insgesamt um 0,1% zurückgeht. Für das Jahr 2025 rechnet das IWH für Ostdeutschland mit einem Zuwachs von 0,7%, für 2026 mit 1,2%. ...<<

IWH-Pressemitteilung 28/2024

### IWH-Insolvenztrend: Zahl der Firmenpleiten im September gestiegen, drittes Quartal 2024 erreicht damit Rekordwerte

>>Wie das IWH in einer heute veröffentlichten Analyse feststellt, ist die Zahl der Insolvenzen von Personen- und Kapitalgesellschaften in Deutschland im September angestiegen. Im dritten Quartal 2024 lag die Zahl der Insolvenzen damit so hoch wie in keinem anderen Quartal seit Mitte 2010. ...<<

IWH-Pressemitteilung 29/2024

### IWH-Insolvenztrend: Zahl der Firmenpleiten bricht im Oktober den nächsten Rekord

>>Wie das IWH in einer heute veröffentlichten Analyse feststellt, ist die Zahl der Insolvenzen von Personen- und Kapitalgesellschaften in Deutschland im Oktober sprunghaft auf 1 530 angestiegen. Das ist der höchste Oktoberwert seit 20 Jahren ...<<

IWH-Pressemitteilung 30/2024

### IWH-Insolvenztrend: Zahl der Firmenpleiten im November leicht rückläufig

>>Wie das Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) in einer heute veröffentlichten Analyse feststellt, ist die Zahl der Insolvenzen von Personen- und Kapitalgesellschaften in Deutschland im November wieder unter den Höchstwert aus dem Oktober gefallen. Erste Frühindikatoren deuten auf einen erneuten Anstieg ab Februar hin. ...<<

IWH-Pressemitteilung 31/2024

### Konjunktur aktuell: Frostige Aussichten für die deutsche Wirtschaft

>>Im Winter 2024/2025 setzt sich die Stagnation der deutschen Wirtschaft fort. Die Industrie leidet unter einem Verlust an internationaler Wettbewerbsfähigkeit. Deswegen und aufgrund der unklaren wirtschaftspolitischen Aussichten halten sich Unternehmen und Verbraucher mit ihren Ausgaben zurück. ...<<

## Das IWH in den Medien

*Reint Gropp*: Bericht und Interview: „[Intel-Chef Gelsinger geht, Verunsicherung in Magdeburg bleibt](#)“  
in: MDR, 04.12.2024

*Steffen Müller*: Bericht: „[Vergabegesetz – Koalition in Sachsen-Anhalt unter Druck](#)“  
in: Deutschlandfunk Kultur, 29.11.2024

*Oliver Holtemöller*: „[Interview zu Industriekrise und Strukturwandel](#)“  
in: Phoenix, 28.11.2024

*Steffen Müller*: Bericht: „[Experte warnt: „Das zweite Halbjahr verspricht einen Sturm von Firmenpleiten](#)“  
in: Focus, 25.11.2024

*Steffen Müller*: Bericht: „[Zahl der Insolvenzen steigt rapide](#)“  
in: Der Spiegel, 21.11.2024

*Oliver Holtemöller*: Bericht: „[Die Bilanz der Ampel-Koalition](#)“  
in: MDR, 18.11.2024

*Reint Gropp*: Bericht: „[Bitte um Gnade für den Bundeshaushalt](#)“  
in: Der Spiegel, 13.11.2024

*Reint Gropp*: Bericht: „[Kostet die Einheit heute noch Geld? Karlsruhe prüft Soli](#)“  
in: Die Welt, 12.11.2024

*Reint Gropp*: Bericht: „[Party mit Ost-West-Kluft: Berlin feiert 35 Jahre Mauerfall](#)“  
in: Der Standard, 07.11.24

*Lena Tonzer*: Bericht: „[Keine Rückzahlung der Bankenabgabe](#)“  
in: Börsenzeitung, 05.11.2024

*Steffen Müller*: Bericht: „[Unser Beton soll grüner werden](#)“  
in: Die Zeit, 29.10.2024

*Reint Gropp*: Bericht: „[Standortpolitik – wie man Firmen anlockt](#)“  
in: ZDF, 08.04.2024

*Oliver Holtemöller*: Bericht: „[Raus aus der Rezession – diese Industriestrategie empfehlen Top-Ökonomen jetzt der Ampel](#)“  
in: Wirtschaftswoche, 29.10.2024

*IWH*: Bericht: „[Zwei Minus-Jahre in Folge – Deutschland erlebt eine Krise wie keine zuvor](#)“  
in: Die Welt, 14.10.2024

*Oliver Holtemöller*: Bericht: „[Weshalb junge Menschen Ostdeutschland verlassen](#)“  
in: Tagesschau, 03.10.2024

## Das IWH in den Medien

*Oliver Holtemöller*: Bericht: „Wir müssen uns mit sehr viel geringerem Wachstum abfinden“  
in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 26.09.2024

*Reint Gropp*: Bericht: „What buying Commerzbank would mean for UniCredit – and the banking sector“  
in: CNBC, 19.09.2024

*Michael Koetter*: Bericht: „ECB Faces Backlash Over Crackdown on Risky Lending“  
in: Bloomberg, 13.09.2024

## Personalien



**Mete Can** unterstützt seit Oktober die Abteilung Strukturwandel und Produktivität. In seiner Forschung im Rahmen des Doctoral Programme in Economics beschäftigt er sich mit Innovation, Produktivität und internationaler Wirtschaft. Sein Studium schloss er an der Universität Istanbul und an der Bogaziçi-Universität ab



Seit Oktober verstärkt auch **Onur Can Karabulut** die Abteilung Strukturwandel und Produktivität. Er forscht während seiner Promotion zu Wirtschaftswachstum und Entwicklung. Sein Studium schloss Onur Can Karabulut an der TED-Universität Ankara ab.



**Madalina Patru** forscht als Doktorandin seit Oktober in der Abteilung Finanzmärkte zu Bankenregulierung, nachhaltigen Finanzen und systemischen Risiken. Zuvor schloss sie ihren Master in Finance an der Universität Ca' Foscari in Venedig ab und arbeitete als Testmanagerin für ein Beratungsunternehmen.

## Personalien



Die Abteilung Strukturwandel und Produktivität wird seit Oktober von [Sebastian Reinartz](#) verstärkt, der seine Promotion im Bereich Arbeitsmarktökonomik aufgenommen hat. Zuvor hat er einen Masterabschluss in VWL an der Universität Wien erworben.



Seit Oktober forscht [Dr. Müge Süer](#) in der Abteilung Gesetzgebung, Regulierung und Faktormärkte zu den Themen Gender und Verhaltensweisen. Sie wurde an der Humboldt-Universität Berlin promoviert.



Das Forschungsdatenzentrum am IWH hat ab dem 1. Januar 2025 eine neue Leitung: [Dr. Wiebke Szymczak](#). Zuletzt war sie als Postdoktorandin und Dozentin für nachhaltiges Wirtschaften an der Universität Hamburg tätig.



## Impressum

### Herausgeber:

Professor Reint E. Gropp, Ph.D.  
Professor Dr. Oliver Holtemöller  
Professor Michael Koetter, Ph.D.  
Professor Dr. Steffen Müller

### Redaktion:

Denise Dörries, M.A.  
Layout und Satz: Ingrid Dede  
Tel +49 345 7753 738/721  
Fax +49 345 7753 718  
E-Mail: [Denise.Doerries@iwh-halle.de](mailto:Denise.Doerries@iwh-halle.de)

### Verlag:

Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle  
Kleine Märkerstraße 8, D-06108 Halle (Saale)  
Postfach: 110361, D-06017 Halle (Saale)  
  
Tel +49 345 7753 60, Fax +49 345 7753 820  
[www.iwh-halle.de](http://www.iwh-halle.de)

Erscheinungsweise: vier Ausgaben jährlich

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet,  
Beleg erbeten.

Titelbild: © Bundesverfassungsgericht | foto USW.  
Uwe Stohrer, Freiburg

Wirtschaft im Wandel, 30. Jahrgang

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 18. Dezember 2024  
ISSN 2194-2129

Aus Gründen der leichteren Lesbarkeit wird in  
unseren Beiträgen eine geschlechtsspezifische  
Differenzierung nicht durchgehend berücksichtigt.  
Entsprechende Begriffe gelten im Sinne der  
Gleichbehandlung für alle Geschlechter.